



03/2025

Strategische Neuausrichtung der Außenwirtschaft

Die deutsche Außenwirtschaft steht an einem Wendepunkt, an dem sie mit einer Vielzahl von komplexen Herausforderungen und Chancen konfrontiert ist. Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland stark auf stabile internationale Handelsbeziehungen angewiesen. Doch in einer Welt, die zunehmend von geopolitischen Spannungen, protektionistischen Tendenzen, unfairem Wettbewerb und sich schnell wandelnden globalen Märkten geprägt ist, wird dieser Status immer schwieriger zu verteidigen. Unternehmen müssen sich nicht nur auf volatile Märkte und Handelshemmnisse einstellen, sondern auch auf neue regulatorische Rahmenbedingungen reagieren. Gleichzeitig spielt die wirtschaftliche Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung eine immer größere Rolle, was zusätzliche Anforderungen an die Unternehmen stellt. Um langfristige Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, müssen europäisch resiliente Handelsstrukturen geschaffen, Handelshemmnisse abgebaut und strategische Partnerschaften gezielt ausgebaut werden. Konkret geht es um die Beschleunigung globaler Handelsabkommen, die Sicherung kritischer Rohstoffe, den Schutz strategischer Industrien sowie der eigenen Wertschöpfungsketten. Es gilt Europa als Markt und globalen Wirtschaftsakteur zu stärken.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Europäische Handelspolitik stärken und internationale Partnerschaften ausbauen

Deutschland und die EU sollten Handelsabkommen schneller verhandeln und bestehende Verträge effektiver nutzen. Freihandelsabkommen mit Kanada, den Mercosur-Staaten, Indien und Australien bieten große wirtschaftliche Chancen und sollten schnell ratifiziert werden, um Europa als

verlässlichen Partner und attraktiven Markt zu positionieren. Dies ist vor allem wichtig, um gerade gegenüber den USA, aber auch anderen globalen Handelspartnern, eine stärkere Position zu haben. Da die WTO in ihrer aktuellen Form nicht effektiv funktioniert, muss Europa regelbasierte internationale Handelsmechanismen stärken – sei es durch Reformen oder durch bilaterale Vereinbarungen. Ein klares Bekenntnis zur WTO ist erforderlich, um ihre Funktionsweise zu verbessern, anstatt sie aufzugeben. Die transatlantische Wirtschaftskooperation bleibt weiterhin wichtig – ein europäisch geschlossener und strategisch kluger Umgang mit den USA ist hier jetzt entscheidend. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit mit wachstumsstarken Regionen wie ASEAN, Indien, Lateinamerika und MENA intensiviert werden, um bisher ungenutzte Potenziale auszuschöpfen. Eine gezielte Strategie zur Reduzierung von Handelshemmnissen und die Vereinfachung von Exportprozessen erleichtert Unternehmen den Zugang zu diesen Wirtschaftsräumen. Auch innerhalb der EU gilt es, Handelshemmnisse abzubauen und eine stärkere Koordinierung der europäischen Handelspolitik zu erreichen, um Doppelregulierungen und ineffiziente Prozesse zu vermeiden.

Wettbewerbsfähigkeit stärken und Bürokratieabbau voranbringen

Hohe Energiekosten und zunehmende Bürokratie belasten die deutsche Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Der Ausbau langfristiger Energie- und Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie Norwegen, Kanada und Australien sind essenziell, um eine stabile Versorgung sicherzustellen. Der Bund kann hier verstärkt gebundene Finanzkredite (UfK-Garantien) nutzen, um Investitionen in Rohstoffpartnerschaften abzusichern. Gleichzeitig müssen Genehmigungsprozesse für neue Energieinfrastrukturen in Deutschland und Europa beschleunigt werden, um eine wettbewerbsfähige Industrieproduktion sicherzustellen. Bestehende Berichts- und Dokumentationspflichten sollten anwendbar und zweckorientiert



reduziert werden. Die Unternehmen begrüßen daher den geplanten Bürokratieabbau der EU durch den Clean Industrial Deal, um so sektorübergreifend die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken. Daneben gilt es die technologische Souveränität Europas zu stärken. Vor allem in Kernindustrien sollten wir als Europa weiterhin die Technologie- und Marktführerschaft besetzen. Die gezielte Ansiedlung von Zukunftstechnologien in Europa kann zudem Abhängigkeiten reduzieren und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sichern.

Handelsschutz und Transformation: Zukunftssichere Industrien in Europa

Industrien wie Stahl benötigen verstärkten Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen, wie globalen Überkapazitäten und unfairen Handelspraktiken. Gerade während der Transformationsphase in nachhaltige Prozesse muss der Marktzugang von Unternehmen gesichert und Investitionen geschützt werden. Die EU-Safeguard-Maßnahmen, sollten überarbeitet und durch langfristig wirksame Schutzinstrumente ersetzt werden. Ein konsequenter Einsatz bestehender EU-Handelsschutzinstrumente im Rahmen der WTO-Regeln ist notwendig, um fairen Wettbewerb sicherzustellen. Auch der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) muss praxisnah weiterentwickelt werden, um Umgehungsmöglichkeiten zu verhindern, Schutz auf nachgelagerte Sektoren auszuweiten und Stahlexporte zu entlasten. Bei Fortführung sollte CBAM um ein Export-Werkzeug ergänzt und in Abstimmung mit der Industrie auf

weitere Produkte wie zum Beispiel Aluminiumkabel und Elektro-Hausgeräte ausgeweitet werden. Zur Förderung emissionsarmer Grundstoffe sind grüne Leitmärkte essenziell. Ein Stahl-Aktionsplan auf Bundesebene würde die Wettbewerbsfähigkeit und den klimaneutralen Umbau der Branche langfristig absichern.

Sicherheitspolitik und Wirtschaft zusammen denken

Die europäische Handels- und Wirtschaftspolitik muss auch sicherheitspolitische Aspekte stärker berücksichtigen. Die Stärkung der Verteidigungsindustrie in Europa ist notwendig, um geopolitische Resilienz aufzubauen. Dies bedeutet keine Autarkie, sondern strategische Eigenständigkeit. Eine bessere europapolitische Abstimmung ist erforderlich, um ineffiziente Doppelregulierungen zu vermeiden und die wirtschafts- und sicherheitspolitische Koordination innerhalb der EU zu verbessern. Gleichzeitig müssen Exportkontrollen und Sanktionen strategisch ausgerichtet werden, um geopolitische Risiken zu minimieren, ohne den Handel unnötig zu belasten oder eine protektionistische Negativspirale auszulösen. Handelsschutzmaßnahmen sollten überarbeitet werden, um faire Marktbedingungen zu gewährleisten. Die EU muss ihre Instrumente zur Abwehr unlauterer Handelspraktiken weiterentwickeln und effektiver einsetzen. Ein besserer Schutz kritischer Industrien ist entscheidend, um europäische Unternehmen weiter wettbewerbsfähig zu halten.

Kompetenzcluster Außenwirtschaft

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referent:innen Cluster Außenwirtschaft:
Lisa Reymann, Leander Hérault

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier.](#)

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister](#)
R007085 & im [EU Transparenzregister](#)
290752950419-55